

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ist unser Verbrauchsgütermarkt im Gleichgewicht?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Ist unser Verbrauchsgütermarkt im Gleichgewicht?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 9, pp. 483-490

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132337>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wirtschaft : Df **ist unser Verbrauchsgütermarkt im Gleichgewicht?**

Eine Umfrage darüber, ob die Kapazität der Verbrauchsgüterindustrien durch wirtschafts- oder kreditpolitische Maßnahmen erhöht werden muß.

Aus wirtschaftspolitisch verantwortlichen Kreisen:

Tendenzielle Ausdehnung der Konsumgüterproduktion

Offensichtlich befindet sich die westdeutsche Wirtschaftskonjunktur seit Sommerbeginn in der Phase einer Verlagerung der konjunkturtragenden Kräfte, wie sie im Verlaufe der Jahre seit der Währungsreform schon verschiedentlich beobachtet worden ist: In der Bauwirtschaft, im Investitionsbereich und auch in der Grundstoffindustrie verlangsamt sich die innere Nachfrageexpansion deutlich. Die anhaltende Exportkonjunktur kann — jedenfalls bisher — diese Dämpfungstendenzen nicht voll kompensieren, so daß das Nachfrage-Angebots-Verhältnis wieder „gleichgewichtiger“ geworden ist, die Überbeschäftigung tendenziell verschwindet und jedenfalls in weiten Bereichen die Preisauftriebstendenzen aufhören. Gleichzeitig hält das im Verhältnis zur Entwicklung des Konsumgüterangebots leicht übersteigerte Wachstum des Masseneinkommens noch an, das im wesentlichen durch die Überbeschäftigungssituation (Anspannung des Arbeitsmarkts) und deren volle Ausnutzung hervorgerufen worden ist. Die Jahres-Wachstumsrate der nominellen Lohnkosteneinheit liegt immer noch höher als die der gleichzeitigen realen Lohnkosteneinsparung (Produktivitätssteigerung). Außerdem hat die Sparquote abgenommen, so daß die Konsumnachfrage auch deshalb relativ stark gestiegen ist. Daß eine Übersteigerung vorliegt, beweist die seit einiger Zeit beobachtete

Tendenz zu einer leichten Preisniveauerhöhung im Konsumbereich, die im Gegensatz zur Preisentwicklung bei Investitionsgütern heute noch anhält.

Verlangsamung der Einkommensentwicklung oder . . .

Einer solchen Entwicklung kann im Interesse der Geldwertstabilität auf verschiedene Weise entgegen gewirkt werden. Man kann einmal durch konjunkturpolitische, insbesondere kreditpolitische Mittel versuchen, die Einkommensentwicklung selbst, die ja hauptsächlich auf eine relativ starke Zunahme der Investition (und zwar vorwiegend außerhalb der Konsumgüterindustrie) zurückzuführen ist, zu verlangsamen. Das ist in gewissem Ausmaß geschehen; es zeigt sich, daß die Maßnahmen erfolgreich waren — nach Ansicht des Zentralbankrats so erfolgreich, daß er sich schon wieder zu einer leichten Lockerung der Kreditpolitik (Diskontsenkung), entschließen konnte. Die Dämpfungstendenzen im Investitions- und Baubereich sind anscheinend stark genug, und mit ihrer Fortsetzung kann wenigstens für einige Zeit gerechnet werden, so daß schließlich auch eine günstige Einwirkung auf die Konsumgütermärkte erwartet werden kann.

. . . Erhöhung des Güterangebots durch Einfuhrsteigerung . . .

Zu m a n d e r e n kann man versuchen, das Konsumgüterangebot zu erhöhen, und zwar möglichst auf die Weise, daß im Inland kein

zusätzliches Einkommen entsteht. Das ist durch Vergrößerung der Importe möglich, wobei sogar Einkommen „vernichtet“ wird. Auch in dieser Richtung sind konjunkturpolitische Maßnahmen getroffen worden (vor allem Zollsenkungen, Erweiterung der Liberalisierung und des Importeurkreises). Allerdings stehen der Einfuhrsteigerung reichlich Hindernisse im Wege: Das ausländische Preisniveau ist vielfach höher als das unsere, und wo es niedriger liegt (Lebensmittel), haben Zollsenkungen meist keinen Sinn, weil die betreffenden Waren agrarprotektionistischen Einfuhrregelungen unterstehen.

Immerhin, Zollsenkungen verkleinern die Preisniveaunterschiede zumindest tendenziell, und man sollte auf diesem Wege fortfahren. Gleichzeitig wäre es natürlich wünschenswert, auch auf dem Gebiet der Agrareinfuhr einige substantielle Schritte in Richtung der Liberalisierung zu unternehmen. Denn in der Hauptsache werden ja die steigenden Lebensmittelpreise unangenehm empfunden, weniger die Preiserhöhungen bei industriellen Verbrauchs- oder Gebrauchsgütern langlebiger Natur.

. . . oder durch selektive Investitionspolitik

Drittens besteht theoretisch auch die Möglichkeit, durch eine selektive Investitionspolitik das Konsumgüterangebot zu erhöhen. Da in der vollbeschäftigten Volkswirtschaft an zusätzliche Geldschöpfung zu diesem Zwecke nicht zu denken ist, müßte diese Investitionspolitik im wesentlichen daraus bestehen, aus dem Kreislauf

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

aufkommende Sparmittel bzw. auf diese Weise gedeckte Kredite anderen Bereichen vorzuenthalten und sie der Konsumgüterindustrie zuzuführen. Das könnte durch die direkte Investitionslenkung (Ver- und Gebote), durch Kapitalmarkt- und Kreditlenkung oder durch Einsatz von Zinssubventionen geschehen, die es den Konsumgüterindustrien ermöglichen, relativ hohe Zinssätze zu zahlen und dadurch mehr Kapital (Kredit) an sich zu ziehen. Daß gegen alle Methoden der physischen Lenkung und Kontrollen vom Standpunkt unserer Wirtschaftsordnung aus gesehen schwerste Bedenken bestehen, ist evident. Der Einsatz von Zinssubventionen ist wirtschaftspolitisch nicht ganz unproblematisch — auch abgesehen von den politischen Schwierigkeiten, die mit einer solchen Bevorzugung verbunden sind. Überdies bliebe die Wirkung nur auf die (in der Konsumgüterindustrie relativ schwach vertretenen) Unternehmungen beschränkt, die am Kapitalmarkt Mittel aufnehmen können. Beim Bankkredit läßt sich, wegen der Sollzinsregelung, ohne physische Lenkung kaum ein wesentlich größerer Anteil für die Konsumgüterindustrien erzielen.

Ich glaube, der konjunkturpolitisch an sich richtige Gedanke einer „Aufsprengung“ von Expansionsengpässen durch investitionspolitische Maßnahmen wäre hier — da es sich um ein ganzes „Aggregat“ (Konsum) oder weite Bereiche dieses Aggregats handelt — durch eine selektive Investitionspolitik weit überstrapaziert. Eher vertretbar wäre eine Umlenkung oder stärkere Konzentrierung der „zentralgesteuerten“ Mittel der öffentlichen Hand (insbesondere Zins- und Tilgungsbeträge des ERP-Sondervermögens) in Richtung Konsumgüterindustrie. Aber bei einem solchen Versuch wird man auf das Hindernis stoßen, daß diese Mittel schon in Engpaßbereichen eingesetzt werden — und zwar in Bereichen, die de jure oder de facto zu den public utilities zu zählen sind oder deren preispolitische Freiheit effektiv beschränkt ist oder die politisch ein sehr starkes Gewicht haben.

Aber auch psychologische Mittel sind sinnvoll

Unter allen diesen Umständen ist neben den getroffenen oder geplanten effektiven Maßnahmen der Konjunkturpolitik (Kreditpolitik, Einfuhrförderung, Sparförderung usw.) die Methode der psychologischen Beeinflussung gar nicht so sinnlos, wie es oftmals dargestellt wird. Insbesondere ist es keineswegs zwingend, daß Mahnungen zu einem stärkeren Konsumverzicht (= Sparen) unwirksam bleiben, noch dazu wenn sie mit effektiven Sparanreizen gekoppelt werden. Wenn der breiten Masse der Konsumenten klar gemacht wird, welch gewaltigen Einfluß sie selbst durch Sparen oder Nicht-Sparen auf das Konsumentenpreisniveau ausüben kann, so kann das zumindest nicht schaden. Eine an sich prozentual geringfügige Erhöhung der Sparquote läßt Milliarden an Konsumnachfrage ausfallen. Daß solche Mahnungen auch die übersteigerten Einkommensforderungen selbst dämpfen können, macht sie in der vollbeschäftigten Wirtschaft durchaus sinnvoll, wenn man die Vollbeschäftigung und im Zeichen der in aller Welt laufenden Automatisierungswelle eine hohe Investitionsquote bei gleichzeitiger Stabilität des Preisniveaus erhalten will und muß. Das Wesen der Politik der sozialen Marktwirtschaft verlangt, daß man nicht nur Daten setzt, sondern auch die Menschen anspricht. Je mehr sie sich einsichtig und freiwillig richtig verhalten, um so weniger hart muß man durch Datenveränderung eingreifen.

Aus Kreisen der Industrieverbände:

„Die Sorge um Engpässe ist verfrüht!“

Demjenigen, der sich von Berufs wegen mit der Entwicklung der Märkte industriell hergestellter Konsumgüter zu befassen hat, muß die Sorge, ob das Verbrauchs-güterangebot mit der wachsenden Nachfrage Schritt halten kann, als verfrüht erscheinen. Denn bis jetzt haben sich an diesen Märkten noch keine Verknappungszeichen bemerkbar gemacht. In einigen Fällen traten zwar Zuliefe-

Besonders wirksam sind natürlich psychologische Mittel dann, wenn sie schon laufenden Tendenzen „nachhelfen“. Daß eine Teilberuhigung der Konjunktur im Gange ist, wurde schon gesagt. Daß diese Dämpfung letztlich auch den Lohnauftrieb erfassen wird, ist nicht unwahrscheinlich. Vor allen Dingen aber macht die Abschwächung des Bau- und Investitionsbooms Produktivkräfte frei, die bei der gegenwärtigen Konsumkonjunktur sofort in diesen Bereich strömen. In vielen Konsumgüterindustrien stößt die Angebotsausdehnung weniger auf das Hindernis voll ausgenutzter Anlagenkapazitäten als auf das Arbeitskräftemangels. Die in letzter Zeit erhöhte Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt läßt vermuten, daß der Ausgleichsprozeß — teilweise handelt es sich um ein Rückwandern von Arbeitskräften, die die Verbrauchsgüterindustrie während ihres Verharrens im „Konjunkturschatten“ an die florierenden Bereiche verloren hat — schon im Gange ist. Aber auch Kapital wird natürlich jetzt mehr in den nachfragebegünstigten Bereich der Konsumgüterherstellung strömen als in die Industriegruppen mit gedämpfterer Konjunktorentwicklung. Die Umsatzausdehnung und die stattgefundenen leichten Preiserhöhungen stärken die Rentabilität und die Selbstfinanzierungskraft der Konsumgüterindustrie zumindest relativ. So sind also ohnehin starke Kräfte in Richtung einer Ausdehnung der Konsumgüterproduktion zu erwarten, teilweise sogar schon am Werk. (St.)

rungsschwierigkeiten auf (z. B. bei Stahlhalbzeug), sonst aber regiert bis zur Stunde noch das Gegenteil. Fast alle Branchen der Konsumgüterindustrie ringen nämlich nach wie vor mit der Aufgabe, ungenutzte Kapazitäten zu verwerten. Man versucht, sie durch verstärkte Bearbeitung der Auslands- und Inlandsmärkte zum Einsatz zu bringen oder sie umzustellen oder sie kurzfristig durch Arbeitszeitver-

kürzungen oder auch allmählich durch Verschrottung der Anlagen ausmerzen.

Es gibt noch Überkapazitäten!

Der breiten Öffentlichkeit sind nur einige krasse Beispiele bekannt geworden, wie die der Seife, der Süßwaren und des Mehles. Aber man könnte viele andere Konsumgüter aufzählen, in denen die Überkapazität auch in der jetzigen Phase der laufenden Erhöhung der Verbrauchereinkommen noch immer fortbesteht. Dabei haben die Überkapazitäten vielfach Zufalls- und politische Ursachen, beispielsweise die Zerreißen Deutschlands in zwei Wirtschaftsräume (besonders hart etwa für die Schuhindustrie) oder den partikularistischen Bewirtschaftungsstil der Hungerjahre (Teigwarenindustrie) oder den Rückzug des weißen Mannes aus den Tropen (Mineralwasserindustrie). Wieder andere Kapazitäten hält die Gewerbspolizei aus unterstellten sozialpolitischen Motiven oder aus Rücksichten auf verwandte Handwerkszweige teilweise ungenutzt (Brotfabriken). Solche Motivreihen für die Überkapazitäten ändern aber nichts daran, daß der Kampf um das Überleben in der Konsumgüterindustrie mit äußerster Härte ausgetragen wird. Jede Chance der Auftragsausweitung wird aufgesucht und — aus vorhandener oder leicht zu erschließender Kapazität — bedient. Dabei wird vielfach äußerst knapp kalkuliert. Zum Teil wird sogar mit den auf lange Sicht die Märkte zerrüttenden Methoden der Preisspaltung (etwa für Ausverkäufe und Auslandsmärkte) operiert. Viele Bilanzen sehen auch entsprechend aus.

Trotz dieser Angebotssituation besteht für die Konsumgüterindustrie eine Investitionsaufgabe. Denn der technische Fortschritt geht ja auch hier weiter. Die großen

Prozesse unserer Jahre werden durch die Stichworte: Automation, Substitution der organischen durch anorganische Rohstoffe und neue Formen der Verpackung — gekennzeichnet. Dazu sind wir hier mitten in einem starken Konzentrationsprozeß, der nicht zuletzt vom Rückgriff mächtiger Handelsgruppen in die Vorstufen angespornt wird. Schließlich müssen einige Zweige der Konsumgüterindustrie, z. B. die Kampagne-Industrien, auf arbeitssparende Anlagen ausweichen, weil sich Saisonarbeiter immer schwieriger gewinnen lassen, seit überall durchgehende Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden.

Industrielle Konsumgüter sind im Preis stabil!

Die Preise für industriell gefertigte Konsumgüter sind seit Jahren ziemlich stabil geblieben. Nimmt man den Kaufkraftschwund, dem die D-Mark in den Jahren 1950—51 unterlag, einmal als den deutschen Beitrag zu der in Korea sichtbar gewordenen, aber auch sonst die Wirtschaft belastenden Verteidigungskosten der westlichen Welt hin, und findet man sich mit dem Generalverzicht auf eine Rückgängigmachung dieses Schwundes ab, dann kann man das Preisbild, das die industriellen Konsumgüter in den Jahren 1952—1956 geboten haben, gar nicht anders beurteilen. Die von einigen Seiten allerdings genährte Spekulation, daß das Überangebot an industriellen Konsumgütern schon für einen so starken Preisverfall sorgen werde, daß von hier politische Preisaufbesserungen (z. B. für Kohle, Wohnung und Agrarprodukte) ihre Kompensation im Lebenshaltungskostenindex finden würden, mußte enttäuscht werden. So selbstmörderisch waren sogar die eigenwilligsten unter den Konsumgüterherstellern nicht, nachdem

sich die Sinnlosigkeit solcher Opferungen beispielsweise in der Liberalisierungskrise der Naßkonserven- und Tiefgefrierindustrie herausgestellt hatte. Sinnlos deshalb, weil das kopflose Ausschneiden aus der Branche nur von geschickten Aufkäufern ausgenutzt wird, ohne daß es zu einer spürbaren Angebotsbereinigung kommt.

Eine neue wirtschaftspolitische Version gesteht einigen Preisen den Charakter „tendenziell steigend“ zu; z. B. den Nahrungsmitteln und Bergbauprodukten, also Gütern, die unter dem Gesetz des abnehmenden Ertrages produziert werden. Man macht sich angesichts der Zielsetzung des stabilen Preisniveaus vor, diese Tendenz lasse sich zu Lasten der industriellen Konsumgüter kompensieren. Gewiß gibt es an einigen Konsumgütermärkten eine Degression der Gestehungskosten und Einsparungen von Einführungsaufwand, somit also auch Preisrückgänge. Aber das trifft im Gesamtbüchelt stets nur auf wenige Artikel zu, so daß sich die Kompensationsvorstellung im allgemeinen und zeitlichen Gleichschritt nicht verwirklichen wird. Hinzu kommen der Druck der Kosten von den Vorprodukten her und die Wirkungen der Lohnspirale, der sich die Konsumgüterindustrie, falls sie Arbeiter behalten will, nicht entziehen kann.

Erst muß die Lage der Konsumgüterindustrie verbessert werden!

Was kann nun zur Erleichterung der Lage dieser Industriezweige getan werden? Der Ansatzpunkt ist bei der Besteuerung zu suchen, etwa bei dem immensen Druck, den die Allphasenumsatzsteuer auf die Hersteller von Endprodukten ausübt, oder bei den speziellen Verbrauchssteuern. Ein weiterer Ansatzpunkt ist preispsychologischer Art. Viele Konsumgüterpreise gelten nämlich als politi-

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
22 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

sche oder als sozial zu kalkulierende Größen, Jeder Ausschlag nach oben wird hier zu einer politischen Machtprobe. Da muß die öffentliche Aufklärung einsetzen, damit die Konsequenzen der Preis- und Lohnpolitik bei den Vorstufen ins allgemeine Bewußtsein eindringen können. Erst dann, wenn insgesamt einmal ein besseres Klima für die schwer zu organisie-

rende und daher als Machtfaktor kaum zur Geltung zu bringende Konsumgüterindustrie entstanden ist, dann helfen auch Teilaktionen wie die der Bereitstellung von öffentlichen Investitionsfonds, Bürgerschaftsübernahmen bei Umstellungen, Diskontrahierungen, Zollsatzreduktionen für ausländische Maschinen und Rohstoffe und ähnliches mehr. (wh)

also der Ausbau der Kapazitäten offenbar schon etwas über das Ziel hinausgeschossen. Das gilt sicherlich in noch stärkerem Maße für die Elektrotechnik und den Fahrzeugbau, die beide einen erheblichen Anteil dauerhafter Konsumgüter enthalten. Für die Elektrotechnik rechnet das IFO-Institut mit einem Kapazitätswachstum im Jahre 1955 von 21 %, für den Kraftfahrzeugbau sogar von 28 %. Gleichzeitig wird für beide im Hinblick auf das erste Halbjahr 1956 eine niedrigere Kapazitätsauslastung als für das Vorjahr angenommen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht:

„Nicht das Angebot, sondern die Nachfrage manipulieren!“

Nur in einem bedeutsamen Komplex der Verbrauchsgüter haben sich bisher erhebliche Preissteigerungen gezeigt: nämlich in der Agrarwirtschaft. Sowohl die Überhöhung der Gemüsepreise als auch das allgemeine Anziehen der Lebensmittelpreise sind jedoch Faktoren, die mit der Einfuhrpolitik der deutschen Bundesrepublik im Zusammenhang stehen. Bis zum Einsetzen der Kreditrestriktionen war der Preisauftrieb zweifellos in denjenigen Sektoren der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie am spürbarsten, in denen gewisse spekulative Antizipationen wirksam wurden.

Die Kapazitätsauslastung

Was die Verbrauchsgüterindustrie betrifft, so ist zunächst einmal zu fragen, wo und in welchem Maße denn ein Ausbau der Kapazität in der Verbrauchsgüterindustrie überhaupt notwendig ist. Über eine Statistik der Kapazitätsentwicklung verfügen wir nur in Ansätzen. Wichtige Hinweise ergibt die Sonderbefragung im IFO-Test. Nach letzten Verlautbarungen im Schnelldienst des IFO-Instituts sind in der Gesamtindustrie die Produktionskapazitäten Ende Juli 1956 nicht mehr ganz so stark ausgelastet gewesen, wie zur gleichen Vorjahreszeit. Allerdings ist in der Verbrauchsgüterindustrie eine relativ geringe Veränderung eingetreten. Die Kapazitätsauslastung der Verbrauchsgüterindustrie entsprach im Juli 1955 bei 70 % aller befragten Firmen dem wirtschaftlichen Optimum, im Juli 1956 jedoch bei 73 %. Eine unter dem Optimum liegende Auslastung

meldeten im Vorjahr 25 %, in diesem Jahr 24 % aller Firmen. Die Zahl der Spitzenfirmen jedoch, die eine übermäßige Kapazitätsauslastung meldeten, hat sich verringert; sie betrug im Vorjahre 5 % und im Juli dieses Jahres nur noch 3 %. Diese Ziffern scheinen nicht dafür zu sprechen, daß man von einer besonderen Anspannung der Kapazitäten im Verbrauchsgütersektor reden könnte. Wenn man berücksichtigt, daß die Produktion bei Verbrauchsgütern im Juli 1956 um 11 % über der gleichen Vorjahreszahl lag, so dürfte die Folgerung zutreffen, daß der Zuwachs an Erzeugungskapazitäten bisher mehr als ausgereicht hat, um die Produktionssteigerung zu gewährleisten.

Sieht man sich die Einzelergebnisse für verschiedene Industriezweige an, so ist nach den Feststellungen des IFO-Institutes im Verbrauchsgütersektor nur bei der Textilindustrie eine höhere Kapazitätsauslastung festzustellen. Die Textilindustrie hat aber auch im Jahre 1955 nur einen relativ geringen Kapazitätswachstum in Höhe von 6 % zu verzeichnen gehabt. Bei den übrigen Verbrauchsgütersektoren liegt der Kapazitätswachstum dagegen zwischen 11 und 14 %, und für die Bekleidungsindustrie wie auch die Papierverarbeitung wird vom IFO-Institut eine ungefähr gleichstarke Kapazitätsauslastung wie im Vorjahre angenommen. In der Schuhindustrie wie auch in der keramischen Industrie ist die Kapazitätsauslastung in diesem Jahr sogar geringer als im Vorjahr; hier ist

Es trifft zwar zu, daß der Kapazitätswachstum in den letzten Jahren bei Produktions- und Investitionsgütern sehr viel stärker gewesen ist als bei den Verbrauchsgütern. Insofern wäre eine gewisse Korrektur durch relativ stärkeren Ausbau der Verbrauchsgüterkapazitäten sicherlich wünschenswert. Ob aber eine ausgesprochene Forcierung dieses Ausbaues der Verbrauchsgüterkapazitäten erforderlich ist, muß doch wohl bezweifelt werden.

Die Wirkungen der Kreditrestriktionen auf den Import

Will man von einer Wirkung der Kreditrestriktionen im Verbrauchsgütersektor sprechen, so könnte diese sich allenfalls auf die Lagerhaltung und auf die Importe bremsend ausgewirkt haben. Ihre Bedeutung für den Import tritt jedoch gegenüber der generell restriktiven Einfuhrpolitik zurück. Eine wirklich durchschlagende Wirkung haben die Kreditrestriktionen zweifellos im Hinblick auf das Wachstum der Investitionen ausgelöst. Die deutliche Verlangsamung der Zuwachsraten in diesem Sektor dürfte darauf hindeuten, daß Zinsempfindlichkeit und Kreditabhängigkeit im Investitionsgüterbereich stärker sind als im Verbrauchsgütersektor, der trotz der Kreditrestriktionen gerade in der letzten Zeit kräftigere Belegungstendenzen aufzuweisen hatte. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Kreditrestriktion teilweise wieder kompensiert wurde durch den Abbau der Kassenbestände der öffentlichen Hand, mindestens im zwei-

ten Quartal 1956, und die weitere überstarke Ausdehnung der Ausfuhrüberschüsse.

Die Ausfuhrüberschüsse sind vorwiegend auf die Ausweitung unserer Investitionsgüterexporte zurückzuführen. Jeder Versuch, den Ausbau der inländischen Verbrauchsgüterindustrie durch eine Art Investitionslenkung über die Kreditselektion durchzusetzen, muß auf die Schwierigkeit stoßen, daß damit sicherlich eine gewisse Dämpfung der Investitionsgüterexporte oder zumindest ihrer Zuwachsrates eintreten würde. Man muß sich fragen, ob das im Zeichen der internationalen Arbeitsteilung sinnvoll ist: Statt unsere Investitionsgüterindustrie auf den Ausbau eigener Verbrauchsgüterkapazitäten umzuschalten, dürfte es wirtschaftlich sinnvoller sein, Maschinen zu exportieren und Verbrauchsgüter zu importieren. Als Konsequenz ergäbe sich die Förderung nach speziellen Kreditvergünstigungen für Importeure.

Problematische Investitionen

Im Rahmen einer gezielten Investitionspolitik sind immer drei Fragen zu erörtern:

1. Ist auf lange Sicht mit einer erhöhten Nachfrage zu rechnen, die das gesteigerte Angebot auch absorbiert?

2. Besteht die Möglichkeit, in der betreffenden Branche im Rahmen von Erweiterungsinvestitionen gleichzeitig zu Rationalisierungen, d. h. zu langfristigen Kostensenkungen zu kommen?

3. Inwieweit liegen Marktforschungsergebnisse als Voraussetzung für die Kreditselektion vor?

Im Anschluß an diese drei Fragen taucht das größere Problem auf, ob man nicht durch kurzfristige Forcierung von Investitionen in bestimmten Verbrauchsgütersektoren auf lange Sicht Überkapazitäten schafft.

Jede Erweiterung der Verbrauchsgüterproduktion wirft ferner die Frage auf, inwieweit die spezifisch hierfür notwendigen Kapazitäten in der Investitionsgüterindustrie vorhanden sind und inwieweit solche Investitionsgüteranlagen, die bisher der Herstel-

lung von Maschinen für andere Investitions- und Produktionsgüterindustrien (auch des Auslandes) dienen, nun ohne besondere Schwierigkeiten und Kostensteigerungen auf Ausrüstungen für die Verbrauchsgüterindustrie umgeschaltet werden können.

Manipulierung der Nachfrage

Die Vermeidung zusätzlicher Investitionen z. B. bei dauerhaften Konsumgütern wäre z. T. durchführbar durch eine Hinlenkung des Verbrauchs auf andere Sparten, etwa durch Senkung der Umsatzsteuer für bestimmte Verbrauchsgüter.

Ein weiteres Mittel, dessen Einsatz jedoch gerade in der Hochkonjunktur nur vorsichtig zum Zuge kommen darf, ist die Differenzierung der zulässigen Abzahlungsfristen und Anzahlungssummen

Aus Bankkreisen:

Die Verbrauchsgüterindustrien werden von selbst expandieren

Im Zuge der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandssteigerung in der Bundesrepublik hat in der letzten Zeit der Verbrauch, der lange Zeit verhältnismäßig niedrig gelegen hat, stärker zugenommen. Worauf diese Erscheinung zurückzuführen ist, braucht hier im einzelnen nicht untersucht zu werden. Zweifellos hat der von hoher Investitionsneigung und bedeutenden Außenhandelsüberschüssen genährte Wirtschaftsaufschwung die Masseneinkommen gerade in letzter Zeit besonders stark angehoben — vermutlich hie und da sogar über das durch den Produktivitätsfortschritt gerechtfertigte Maß hinaus. Steigerung des Masseneinkommens (genauer: der Geldeinkommen der in der Wirtschaft unselbständig Beschäftigten) hat aber immer auch eine Zunahme des Verbrauchs zur Folge, denn der Fall einer „Grenzspareneigung“ von 100 % tritt nie ein. Ob die Verbrauchszunahme der letzten Zeit ursächlich auch einem Absinken der Spareneigung zuzuschreiben ist, kann ohne umfassendes statistisches Material, wie es nur eine volkswirtschaftliche Ge-

im Rahmen des Konsumentencredits, je nach dem Grade der Kapazitätsauslastung der betreffenden Branchen.

Endlich bestehen gewisse Möglichkeiten für eine gezielte Einkommenspolitik, die — beispielsweise im Rahmen der Rentenreform — den weniger ausgelasteten Branchen, wie etwa der Schuh- und Bekleidungsindustrie, relativ eine stärkere Bedeutung verleihen könnte, allenfalls auch der Nahrungsmittelindustrie — sofern die Grüne Front es zuläßt... Auf jeden Fall scheinen in einer Manipulierung der Nachfrage größere Chancen für die Vermeidung von Überspannungen zu liegen als in der Regulierung des Angebots, die ohne stärkere Eingriffe in Form einer nicht nur monetären Investitionsbeeinflussung kaum vorstellbar ist. (Küe)

samtrechnung zu liefern vermag, nicht mit Sicherheit entschieden werden. Wahrscheinlich ist, daß auch der „Grenzhang zum Verbrauch“ gestiegen ist, so daß die Steigerung der Masseneinkommen sich zu einem etwas größeren Prozentsatz als beispielsweise noch vor ein oder zwei Jahren in einer Zunahme der Konsumausgaben ausgewirkt haben dürfte.

Vertrauen in die Stabilität

Die Ursache für eine — wohl bisher nur mäßige — Steigerung der Verbrauchsneigung dürfte darin zu suchen sein, daß zeitweise die Sorge bestanden hat, eine gewisse „schleichende Geldentwertung“ als Auswirkung der stürmischen Hochkonjunktur sei in der Praxis nur schwer zu vermeiden. In der Tat hat die Ausnutzung sämtlicher Produktionsfaktoren in der Bundesrepublik schon seit geraumer Zeit — seit mehr als einem Jahr — einen Grad erreicht, der zu restriktiven Maßnahmen der BdL (Diskont- und Mindestreservenerhöhung) Anlaß gegeben hatte. Erst auf der jüngsten Sitzung des Zentralbankrats in Bad Pyrmont ist durch die für

viele überraschende leichte Diskontsenkung um $\frac{1}{2}\%$ zu verstehen gegeben worden, daß die Leitung des Zentralbanksystems einen gewissen konjunktdämpfenden Erfolg der bisherigen Maßnahmen zu erkennen glaubt und daher die Fortsetzung der bisherigen Zinserhöhungstendenz einstweilen nicht mehr für erforderlich hält. „Grünes Licht“ für einen neuen Investitionsboom würde damit jedoch keineswegs gegeben, die Produktionsfaktoren — besonders die menschliche Arbeitskraft — sind nach wie vor nahezu bis an die Grenze des Möglichen ausgenutzt.

Entscheidend für das Gefühl der Massen, ob die Währung wirklich „stabil“ ist, sind zweifellos die Preise für Konsumgüter aller Art, und darunter besonders die für Nahrungsmittel. Der Lebenshaltungskostenindex steht heute bei 113 (1950 = 100), nachdem er noch vor $1\frac{1}{2}$ Jahren nur 107 betragen hatte. Besonders fühlbar ist aus den bekannten Gründen die Erhöhung der in diesem Index enthaltenen Ernährungsgüter (Index 120), während andererseits z. B. Bekleidung (Index 97) einen absoluten leichten Preisrückgang aufweist.

Es wäre nun zweifellos von großer Wichtigkeit, den zunehmenden Verbrauchsausgaben ein sich ausreichend vergrößerndes Konsumgüterangebot zu stabilen Preisen gegenüberzustellen und jedenfalls Preissteigerungstendenzen, wie sie sich bei zunehmender Nachfrage immer leicht ergeben, hintanzuhalten. Es wäre dies vor allem deshalb wichtig, weil Sparneigung und Preisentwicklung in wechselseitigem Kausalnexus stehen: Je stabiler die „Währung“, desto größer die Sparneigung, und umgekehrt. Die Frage ist nur, wie diese Idealforderung erfüllt werden kann, und ob sie überhaupt erfüllbar ist.

Kein Dirigismus

Ein Weg führt mit Sicherheit nicht zum Ziele, nämlich der, mittels „gezielter Investitionspolitik“ die Kapazitäten der Verbrauchsgüterindustrien zu erhöhen, und so die Steigerung der Einkommen bzw. die Erhöhung der Verbrauchsausgaben auch real

wirksam zu machen. Der Grund, weswegen dieser Weg nicht zum Ziele führen kann, liegt einfach im „Faktor Zeit“. Jede Investition erhöht nämlich sofort das Einkommen in der Volkswirtschaft und verbraucht sofort Produktionsfaktoren aller Art, erbringt aber ihre Nutzungen, hier die vergrößerte Konsumgüterproduktion, erst in einer mehr oder weniger fernen Zukunft. „Gezielte“ Investitionen in der Konsumgüterindustrie, sofern sie das gesamte Investitionsvolumen weiter steigern, müssen also in einer Situation, in der die Produktionsfaktoren ohnehin schon voll ausgenutzt sind, von vornherein aus dem Kreise der möglichen Maßnahmen ausgeschlossen werden.

Blieben also Investitionen in der Verbrauchsgüterindustrie, die nicht in diesem Sinne „zusätzlich“ sind und daher die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage nicht erhöhen. Anders ausgedrückt: Es müßten die vorhandenen Produktionsfaktoren entsprechend der erhöhten Verbrauchsneigung zum Teil in die Verbrauchsgüterindustrien „umdirigiert“, d. h. von den Investitionsgüterindustrien abgezogen werden. Eine solche Umlenkung „gezielt“ in dem Sinne vornehmen zu wollen, daß irgendwelche staatlichen Lenkungsstellen den Prozeß leiten, hieße allerdings das Prinzip der Marktwirtschaft aufgeben und staatlichen Dirigismus an seine Stelle setzen. Eine derartige „Umlenkung von Produktionsfaktoren“ in Richtung auf die Konsumgüterindustrien erfolgt in der Markt-

wirtschaft immer von selbst, wenn „der Markt“, d. h. die Konsumentennachfrage es verlangt. Dirigismus würde es aber auch bedeuten, wenn etwa die Notenbank durch „gezielte Kreditpolitik“ die Umlenkung der Produktionsfaktoren in die Konsumgüterindustrie durchführen oder fördern wollte. Es macht keinen prinzipiellen Unterschied aus, ob ich Dirigismus mittels direkter Befehle oder mittels selektiver Kredit- und Investitionspolitik betreibe. Allemal muß ich die Dringlichkeitsskala des Marktes, der sich über das Spielen des Preismechanismus geltend macht, durch eine am grünen Tisch ausgeklügelte — und daher vermutlich falsche — Dringlichkeitsskala ersetzen.

Investitionslenkung über Preismechanismus

Man sollte und kann sich darauf verlassen, daß, angeregt durch die Konsumentennachfrage, die Verbrauchsgüterindustrien von selbst expandieren. Wichtig ist nur, daß eine allgemein wirkende Kreditpolitik verhindert, daß die Gesamtnachfrage über das von der Währungsstabilität her vorgezeichnete Maß hinaus anwächst. Die nunmehr von der Sonne der Konjunktur besonders beschienenen Konsumgüterindustrien werden über das Spielen des Preismechanismus zur Erhöhung ihrer Kapazitäten gelangen, bei Vollauslastung der Produktionsfaktoren der Volkswirtschaft allerdings eben nur unter einer gewissen Beeinträchtigung der Investitionsgüterindustrien. (J.)

Aus Kreisen der Werbewirtschaft:

Strukturelle Verschiebungen auf dem Verbrauchsgütermarkt

In ihrem letzten Monatsbericht weist die Bank deutscher Länder erneut auf die Steigerung des privaten Verbrauchs in der Bundesrepublik hin. Die Ausgaben für den Verbrauch wurden jedoch nicht allein aus den Mitteln gedeckt, die den Konsumenten aus den im Laufe des vergangenen Jahres zugeflossenen Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Verfügung standen, sondern es wurden für diesen

Zweck auch die Spareinlagen herangezogen. Die reale Zunahme des Verbrauchs ist durch die partiellen Preissteigerungen (z. B. Wohnung, Verkehr, Nahrung) geringer als die nominale. Es gibt verschiedene Gründe für diese stetige Zunahme der Konsumneigung im privaten Sektor der Wirtschaft, von denen hier nur einige angedeutet werden sollen. Zum Teil sind sie das Ergebnis struktureller Änderungen.

Durch die Diskussionen, die anlässlich der vorjährigen Lohnauseinandersetzung geführt wurden, sind die breiten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger darauf hingewiesen worden, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen Preissteigerungen zur Folge haben würden. Im Bewußtsein dieser Möglichkeit reagierte der einzelne Verbraucher von seinem Standpunkt aus offensichtlich richtig, er konsumierte mehr und sparte weniger. Daß diese Verhaltensweise gesamtwirtschaftlich jedoch gerade zur Anhebung des Preisniveaus führen muß, wenn nicht in gleichem Maße das Güterangebot erweitert werden kann, bedarf keiner weiteren Begründung. Inwieweit allerdings auch Erwartungen der Unternehmer zum Preisauftrieb führten, ohne daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage faktische Veranlassung dazu bot, kann hier nicht näher untersucht werden.

Qualitative Verbesserung des Einkaufs

In den letzten zwei Jahren war eine zunehmende Neigung zum Einkauf besserer Verbrauchsgüter sowohl des elastischen wie des unelastischen Bedarfs zu beobachten, wodurch partielle Preissteigerungen infolge des relativ geringeren Angebotes dieser Gütergruppen begünstigt wurden.

Wenig beachtet wird offensichtlich der sogenannte nachfragewirksame Erneuerungsbedarf, der periodisch aufzutreten pflegt und Gebrauchsgüter aller Art betrifft. Es ist anzunehmen, daß dieser Bedarf auf Grund der besonderen wirtschaftlichen Ausgangssituation in der Bundesrepublik gerade innerhalb der letzten 12 Monate ebenfalls in größerem Umfang marktwirksam wurde. Die inzwischen veränderten Geschmacks- und Wertvorstellungen führen dazu, daß bei diesen Käufen Gütergruppen anderer Qualität und durchschnittlich höherer Preislage bevorzugt wurden.

Nicht zu vergessen ist weiterhin der Nachhol-Bedarf des Teiles der Bevölkerung, der bisher von der Hand in den Mund lebte, wie z. B. Rentner und Kriegsoffer, die in letzter Zeit durch zusätzliche Auf-

wendungen des Staates in die Lage versetzt wurden, teilweise auch Anschaffungen dauerhafter Güter vorzunehmen.

Auch die Folge- und Nebenkosten steigen

Daß die allgemeine Tendenz einer Zuwendung zu Gütern höherer Ordnung mit Folgen für die Konsumenten verbunden ist, die sie zum Teil nicht übersehen, scheint mit ein Grund für die überproportionale Zunahme der Verbrauchsausgaben zu sein. Kosten, die diese Anschaffungen mit sich bringen und die als Neben- und Folgekosten zu bezeichnen wären, spielen eine entscheidende Rolle und könnten am Beispiel der Motorisierung der Lohn- und Gehaltsempfänger demonstriert werden. Aber auch eine Reihe anderer Anschaffungen, man



Wo fehlt eine?

Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten, Anzahlung schon ab 4,- Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unseren großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr. 573 H

NÖTHEL+CO. Göttingen

denke z. B. an die elektrischen Geräte, vermehrt die Posten der „laufenden“ Haushaltsausgaben. Ebenso erfordern diese „Investitionen“ der Haushalte z. B. Reparaturen und damit Dienstleistungen, die relativ teuer sind und das Budget der Privaten stärker beanspruchen. Dazu treten die weiterhin erhöhten Aufwendungen für Urlaubsreisen, die inzwischen als fester Bestandteil zum Lebensstandard der Massen gehören. Den qualitativen Anforderungen mit gleichzeitig sinkenden Preisen könnte die Produktion im allgemeinen nur langfristig nachkommen, vorausgesetzt, daß sie den Kontakt zum Verbraucher beispielsweise durch Marktbeobachtung dauernd aufrechterhält. Was die anderen Konsumverlagerungen anbelangt — Zunahme der Dienstleistungen beispielsweise —, läßt sich direkt eine Entlastung wegen der Vollbeschäftigung z. Zt. kaum erreichen; indirekt vielleicht dadurch, daß Güter des täglichen Bedarfs vermehrt und billiger ange-

boten werden, so daß der Anteil der Kosten der „aufwendigen Lebensführung“ ohne größere Schwierigkeiten bestritten werden könnte. Auch aus psychologischen Gründen ist dieser Weg eher zu empfehlen, denn es ist fraglich, ob der Appell an die freiwillige Beschränkung wesentliche Erfolge zeitigt. Vergessen wir nicht, daß die offizielle Wirtschaftspolitik Jahre hindurch zum Konsum aufgefordert hat!

Werbung und Konjunkturpolitik

Wenn die Frage gestellt wird, ob die Wirtschaftswerbung konjunkturpolitische Aufgaben erfüllen könnte, etwa im Sinne einer Bedarfslenkung, so ist zuerst einmal darauf hinzuweisen, daß Werbung als Mittel der Absatzwirtschaft unmittelbar der Förderung des Verkaufs dient. Jede öffentliche Aussage der Wirtschaftswerbung, ihr Umfang und ihre Intensität sind abhängig von der privatwirtschaftlich orientierten Unternehmenspolitik jeder einzelnen Unternehmung. Sie unterliegt somit gleichfalls in der Marktwirtschaft der freien unternehmerischen Entscheidung. Gebunden ist diese freie Entscheidung hingegen an die gesamtwirtschaftlichen Daten, deren Anerkennung oder Mißachtung allerdings den Erfolg oder Mißerfolg der Unternehmung beeinflussen kann.

Hieraus ergeben sich auch die Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftswerbung. Eine Einflußnahme auf den Verbrauch mit dem Ziel, bestimmte Güter zu bevorzugen, andere dagegen weniger zu kaufen, ist in unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung im wesentlichen nur möglich, wenn die staatliche Geld- und Wirtschaftspolitik entsprechende produktionsfördernde bzw. produktionshemmende Maßnahmen ergreift.

Die Verstärkung der Werbung zur Hinlenkung des Verbrauchs auf einzelne Güter und Gütergruppen ist zwar von der Initiative der Unternehmer allein abhängig — wie es in der nicht gelenkten Verkehrswirtschaft nicht anders sein kann —, die Durchführung einer Reihe von Gemeinschaftswerbungen (Textilien!) in

jüngster Zeit beweist jedoch, daß Werbeaktionen sehr wohl mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen übereinstimmen können.

Die Indikatoren, die zu einer Einschränkung bzw. Ausdehnung des Werbevolumens im Einzelfall führen und eine Beeinflussung des Verbrauchs gestatten, sollten natürlich nicht allein der Produktionssphäre entnommen werden, sondern zumindest im gleichen Maße der Absatzsphäre. Hier allerdings bedürfte es noch mancher Korrekturen unternehmerischen Denkens. Produktionsorientierung und Absatzorientierung in das richtige Verhältnis zu bringen, scheint im Hinblick auf die ange deuteten Tendenzen notwendig, aber auch vorteilhaft für die einzelne Unternehmung. Die Wünsche, Neigungen und Ansprüche der Konsumenten nicht zu beachten, ist auf die Dauer gesehen ein schlechtes Geschäft.

Es scheint jedoch genauso notwendig, den Verbraucher darauf hinzuweisen, daß er als Arbeitnehmer die Voraussetzungen für seinen Konsum selbst schafft. Denn seine Produktivität bestimmt den Umfang der Konsummöglichkeiten. Bleibt die Produktivität hinter der Steigerung der Arbeitseinkommen zurück, so muß sich das nachhaltig auswirken. (Gr.)

Der „Große Akkord“

Im Grunde ihres Herzens wissen wohl heute die meisten Menschen — ausgenommen einige romantische Politiker und unbeirrbare Nationalisten — daß es keinen Krieg mehr geben darf und kann, wenn eine menschenwürdige Existenz nicht ganz infrage gestellt werden soll. Die Haltung der beiden militärischen Großmächte in der Suezfrage hat diese Erkenntnis deutlich werden lassen. Das soll nicht heißen, daß jede Kriegsgefahr für alle Zeiten gebannt sei. Im Gegenteil, wenn um irgendeine Frage, die den Lebensnerv einer der beiden Großmächte empfindlich berührt, ein bewaffneter Konflikt — sei er auch zunächst lokaler Natur — ausbrechen sollte, wird man auf beiden Seiten mit schärfster Wachsamkeit auf jene Phase des Verlaufs warten, in der sich für die eine oder andere Seite ein gefährliches Übergewicht abzeichnet, so daß sich der Gegner trotz besserer Erkenntnis zu einem selbstmörderischen Eingreifen entschließt. Das sollte eine Warnung an alle sein.

Diese latente Gefahr, die durch keine Vereinbarung über Abrüstung und durch keine Resolution über die Ablehnung von Atomwaffen zu beseitigen ist, wird unsere Zukunft überschatten und die ewige Angst des Menschen vor dem Morgen wachhalten. Die Erkenntnis von der unwiderruflich letzten Entscheidung und von der Vernichtung jedes menschenwürdigen Seins, die der Ausbruch eines „Großen Krieges“ bedeuten muß, verlangt zwingend im eigenen Interesse der beiden Großmächte die Eingehung eines Akkords über alle Grenzfälle, die als Verletzung des Lebensnerves empfunden werden. So ein Akkord ist realistischer als alle Abrüstungskonferenzen. Er wird morgen oder übermorgen vor der Öffentlichkeit oder im Geheimen abgeschlossen werden.

Vor Abschluß dieses „Großen Akkords“ werden einige schwebende Fragen zu bereinigen sein. Dazu wird zwangsläufig auch die Europafrage, oder deutlicher gesagt: die Deutschlandfrage, gehören. Wir müssen unser ganzes Gewicht dafür einsetzen, daß die Deutschlandfrage zu unserem Gunsten entschieden wird. Es wird im großen Maße von der Entscheidung der USA abhängen, welche Kompensationen sie dafür einzuräumen gewillt sind. Wir dürfen deshalb unsere diplomatischen Schritte in der Wiedervereinigungsfrage nicht auf den Kreml beschränken, von wie großer Wichtigkeit auch der Faden zum Kreml sein mag. Noch entscheidender werden in Zukunft diplomatische Demarchen in Washington sein, die von Paris und London unterstützt werden müssen. Der „Große Akkord“ darf nicht ohne eine positive Erledigung der Deutschlandfrage abgeschlossen werden. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß selbst eine eventuelle Ausklammerung der Deutschlandfrage aus den zu bereinigenden Problemen eindeutig eine negative Erledigung bedeutet, und eine negative Erledigung dürfte auch für Paris und London untragbar sein. (sk)

Zur Debatte steht: Die deutschen Einfuhrmärkte müssen gefördert werden!

Überlegungen zur Förderung der Einfuhr sind seit geraumer Zeit in den Vordergrund der konjunkturpolitischen Diskussion getreten. Es gilt, die deutschen Exportüberschüsse, die eine angesichts unserer heutigen Lage unerwünschte Erhöhung des innerdeutschen Zahlungsmittelumschs bewirken, zu verringern. Diese notwendige Einfuhrsteigerung kann neben den bereits eingesetzten Mitteln der Handelspolitik (Liberalisierungsmaßnahmen, Zollsenkungen) durch Maßnahmen unterstützt werden, die die deutsche Wirtschaftspolitik bisher nicht in ausreichendem Maße ergriffen hat: Durch Maßnahmen zur Förderung der deutschen Einfuhrmärkte.

Das Wesen solcher Märkte liegt vor allem in einem umfassenden loco-Angebot der verschiedenen ausländischen Rohstoffe, Grund-

nahrungs- und Genußmittel. Ein leistungsfähiger, erfahrener Einfuhrhandel ist Träger umfangreicher Lager, die es dem inländischen wie dem ausländischen Verarbeiter oder Händler ermöglichen, auf diesem Markt kurzfristig die benötigten Waren in gewünschter Menge, Qualität, Provenienz und Sortierung zu kaufen. Eine sinnvolle Vorratshaltung ermöglicht dem Importeur eine langfristige Einkaufspolitik im Ursprungsland der Ware. Er kann zu dem Zeitpunkt kaufen, der ihm angesichts der jeweiligen Marktlage besonders günstig erscheint, ohne dem Druck schnell abzudeckender Versorgungswünsche seiner Abnehmer ausgesetzt zu sein. Verständlicherweise kann er in dieser Lage preisgünstiger kaufen. Die Lagerbestände wirken außerdem preisgleichend, indem sie als Pol-

ster dienen, das die teilweise sehr heftigen Ausschläge des Weltmarktpreisniveaus mildert und eine ruhigere Preisentwicklung auf dem Inlandmarkt ermöglicht. Durch den damit bewirkten Nachfrageausgleich auf den Weltmärkten können die Einfuhrmärkte indirekt auch Einfluß auf die Entwicklung der Weltmarktpreise nehmen.

Der Wiederaufbau der Einfuhrmärkte konnte dem deutschen Einfuhrhandel nur unvollkommen gelingen, da ihm die Voraussetzungen für die Unterhaltung ausreichender Lager weitgehend fehlen. Lagerhaltung ist in erster Linie eine Frage der Eigenkapitalausstattung, sodann der Kosten der Kreditfinanzierung. Nur eine genügende Eigenkapitaldecke ermöglicht es dem Importeur, die großen Risiken langfristiger Einkaufsdis-